

In Ihrem Media-Mix fehlt etwas, wenn dabei die Postreklame fehlt.

Verzichten Sie nicht auf wichtige Media-Bausteine. Die Postreklame ist der Allein-Anbieter für eine Reihe ganz besonderer, unverbrauchter Medien. Für Ihre beweglichen taktischen Maßnahmen, wie Promotions, Direct-Mail, regionale oder lokale Schwerpunkteinsätze, Dauer- und Außenwerbung. Fragen Sie die Postreklame, den Spezialisten für Spezialaufgaben in der Werbung.

Die Postreklame-Medien:

Spezialadressen für Direktwerbung. Briefe an Postkunden „mit Öffnungsgarantie“. Intensiv beachtete Werbeflächen in und an Postärtern, Telefonhäuschen und Postautos. Werbung im internationalen Export-Branchen-Telefonbuch EUROPAGES. Und, in Kooperation mit Vertragsverlegern, im amtlichen Telefonbuch, im Örtlichen und in den Gelben Seiten.

Werbung für die Wirtschaft

Postreklame



Deutsche Postreklame GmbH
Postfach 16245 · 6000 Frankfurt 16
Telefon (0611) 2682-0 · Telex 416272
Telefax (0611) 2682218 · Btx #1711 #

sterium, beide bisher in CSU-Hand, besetzen.

Egal, wie es kommt – neuer Krach in Kohls Kabinett ist programmiert. Bedrückt kehrte am Montag vergangener Woche Lothar Späth von der Bonner CDU-Präsidiumssitzung nach Stuttgart zurück. Seine Mitarbeiter stimmte der baden-württembergische Ministerpräsident bereits ein, sie müßten sich damit vertraut machen, den Wahlkampf für die im nächsten März fälligen Landtagswahlen ganz aus eigener Kraft zu führen. Hilfe aus Bonn sei nicht zu erwarten und, beim Zustand der Kohl-Regierung, auch nicht erwünscht.

AUSLÄNDERPOLITIK

Schon komisch

Bei einem Besuch in Ankara überprüfte eine Gruppe Liberaler die Reiseberichte von Innenminister Zimmermann. Ergebnis: Der CSU-Minister hat kräftig geflunkert.

Ihr erster Besuchstermin führte die Liberalen aus Deutschland in eine kleine Sozialwohnung am Rande der türkischen Hauptstadt.

Die FDP-Abgeordneten aus Bonn, darunter Burkhard Hirsch und Gerhart Baum, machten am Montag letzter Woche einem Mann ihre Aufwartung, den die regierenden Generale vor einem Jahr aus dem Gefängnis entlassen hatten: dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit.

Es blieb nicht die einzige Begegnung dieser Art: In einer Villa in Ankara suchten sie einen anderen politisch Verfolgten auf, Süleyman Demirel, ebenfalls ehemaliger türkischer Regierungschef, der rund zwei Wochen zuvor noch unter Hausarrest gestanden hatte.

Die Visiten bei der unterdrückten Opposition waren eine Art Demonstration: gegen die eigentlichen Gastgeber, die Junta-Regierung, und gegen einen früheren Türkei-Besucher – Innenminister Friedrich Zimmermann. Anders als der christsoziale Ressortchef wollten die Liberalen durch derlei politische Gesten von vornherein ihre Distanz zu dem Militärregime offen zu Protokoll geben.

Hatte der CSU-Mann die Waffenbruderschaft der Vergangenheit und die derzeitige Nato-Gemeinschaft gefeiert, sprachen Baum und Hirsch mit den Regime-Gegnern über eine – noch ferne – demokratische Zukunft des Landes. Hatte der Innenminister offiziell das Atatürk-Mausoleum beehrt, schlich sein Amtsvorgänger Baum mit seinen Fraktionskollegen, an Bewachern vorbei, zu den politisch Verfolgten.

Doch die heiklen Besuche konnten die Gesprächsrunde mit den offiziellen Gastgebern nicht trüben, im Gegenteil, die liberalen Emissäre stellten zu ihrer Überraschung fest, daß die Türken mit

ihnen in den politischen Fragen schnell einig wurden, Zimmermanns Pläne zur Ausländerpolitik dagegen rundweg ablehnten.

„Es war schon komisch“, resümierte Baum, „daß wir als Kritiker der Regierung da mit denen völlig übereinstimmten.“

Unerwartet war die deutsch-türkische Übereinstimmung vor allem deshalb, weil Zimmermann nach seinen Gesprächen in Ankara, im Juli dieses Jahres, verkündet hatte, er könne bei seiner Ausländerpolitik auf die Hilfe der Regierung in Ankara zählen.

Er habe den Eindruck, sagte er etwa in einem Fernseh-Interview, „daß man sehr viel Verständnis für die Absichten, die ich im Nachzug von Kindern, von Ehepartnern habe, findet“. Maliziös fügte er damals hinzu: „Ich erwarte nicht, daß die türkische Regierung das nun offen sagt.“

Tatsächlich sah es zunächst so aus, als habe der Innenminister mit seiner Türkei-Visite im Sommer Punkte sammeln können in der Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner. Die Freidemokraten, so schien es, standen als bockige, uneinsichtige Verhinderer da.

Nach ihren Erkundungen vor Ort wissen die Liberalen, was von Zimmermanns Erzählungen zu halten ist. Beharrlich fragten sie bei ihren Gesprächspartnern nach, ob denn die türkische Regierung wirklich, wie in der Bundesrepublik berichtet werde, Verständnis für alles habe, was der deutsche Innenminister plane.

„Auf keinen Fall“, winkten die Gastgeber ab. Nur eines, so stellte Hirsch fest, stimmt an der Zimmermann-Darstellung: „Die sehen die Probleme, die wir haben.“ So zeigten die Türken auch



Außenminister Türkmen, Gäste Hirsch, Baum: „Die sehen die Probleme“

den Freidemokraten gegenüber Verständnis für die Pläne, den Zuzug weiterer Ausländer in die Bundesrepublik zu begrenzen. Die Methoden aber, mit denen der Innenminister, gegen den Widerstand der FDP, den Schwierigkeiten beikommen will, lehnen sie ab.

Außenminister Ilter Türkmen klagte über die Türkei-Feindlichkeit in der Bundesrepublik. Arbeitsminister Turhan Esener kritisierte die Pläne seines deutschen Kollegen Norbert Blüm, durch Auszahlung von Rentenansprüchen „Rückkehrhilfe“ zu leisten. Dadurch, so argumentiert Esener, würden seine Landsleute „verlockt, ihre soziale Sicherheit aufzugeben“.

Von dem Zimmermann-Plan, nur noch Kinder bis zu sechs Jahren (bisher 16 Jahre) zu ihren Eltern in die Bundesrepublik ziehen zu lassen, hält Esener erst recht nichts. Zwar erscheint ihm plausibel, daß Kinder in der Bundesrepublik möglichst mit sechs Jahren eingeschult werden, um ihre Integration zu erleichtern – aber nicht mit Zwang.

„Unsere Meinung“, resümierte schließlich der Arbeitsminister die Gespräche mit den Liberalen, „stimmt weitgehend mit der Position der FDP überein.“ Die freidemokratische Ausländerbeauftragte Liselotte Funcke, erfuhren ihre Parteikollegen, genießt einen geradezu sagenhaften Ruf. Die Zimmermann-Gegnerin, freut sich Baum, werde als „Engel der Türken“ verehrt.

So fühlt sich die liberale Reisetrippe, nachdem sie ihren Haupt-Widersacher beim Türken erwischt hat, wohlgerüstet für kommende Auseinandersetzungen mit Zimmermann: „Wir werden das ganz hart fahren“, kündigte der Ex-Innenminister die nächste Runde an.

Die hat inzwischen schon Außenminister Hans-Dietrich Genscher eingeläutet. Getreu seiner Ankündigung, er wolle dem allzu machthungrigen CSU-Mann „die Grenzen zeigen“, hat der FDP-Chef bereits mit Kenan Evren, dem Chef der Junta, Grundlinien für ein Arrangement ausgehandelt: Die Türken sind bereit, trotz der ab 1986 vertraglich vereinbarten Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer Zuzugsbegrenzungen hinzunehmen. Honorieren soll die Bundesregierung das Entgegenkommen, indem sie auf die rigorosen Zimmermann-Pläne verzichtet.

Für dieses Gegengeschäft hat Genscher beim Koalitionspartner CDU bereits Verbündete ausgemacht. Die So-



Türkei-Besucher Zimmermann (M.): „Ich mache das doch nicht für mich“

* Im Atatürk-Mausoleum in Ankara.

zialausschüsse, weiß er, sind für humanitäre Erwägungen schnell zu haben. Aber auch der Kanzler ist mit von der Partie.

Zimmermann hat gemerkt, daß der Widerstand gegen seine Pläne wächst, nicht nur bei der FDP, sondern auch bei den Kirchen und den Gewerkschaften. Besonders verärgert ist der Bayer über den Kanzler. Bei einem Gespräch mit Spitzenvertretern der Gemeinden im Kanzleramt machte er seinem Unmut Luft.

Zimmermann beklagte sich, daß er bislang nicht einmal von den Hauptbetroffenen der Ausländerschwemme, den Kommunen und Ländern, Beistand erhalten habe. Besonders erbost war er, weil manche intern mit seinen Plänen sympathisierten, sich öffentlich aber auswichen.

„Ich mache das doch nicht für mich“, schimpfte er, „ihr in den Gemeinden und Ländern habt die Schwierigkeiten.“ Und er orakelte, mittlerweile schon ziemlich kleinlaut: „Wenn ihr mich nicht unterstützt, müßt ihr euch nicht wundern, wenn nichts daraus wird.“

Helmut Kohl mußte seinen aufgebrauchten Innen-Ressortchef beruhigen: „Ja, ja, wir kriegen das schon hin.“

Gerade über dieses Lavieren, über das Ausweichen vor Entscheidungen beklagte sich Zimmermann gegenüber Vertrauten. Dem Kanzler kreidet er an, der wolle nichts mehr von den eigenen Versprechungen wissen, die er früher unablässig verkündet habe: den Anteil der Ausländer in der Bundesrepublik auf die Hälfte zu reduzieren.

„Das war auch an die Adresse Kohl gerichtet“, erläutert Zimmermann-Intimus Wighard Hårdtl das Treffen mit den Gemeinde-Vertretern. „Der macht es sich zu leicht.“

Verständnis erhofft sich der Innenminister, nachdem Türken und Kanzler ihm nicht folgen wollen, nun vom Wähler: „Die FDP schummelt sich aus dem Problem raus“, rügt Hårdtl stellvertretend für seinen Dienstherrn und prophezeit: „Spätestens wenn sie ins Staatsexamen geht, speziell im Ruhrgebiet, kriegt sie die Quittung.“

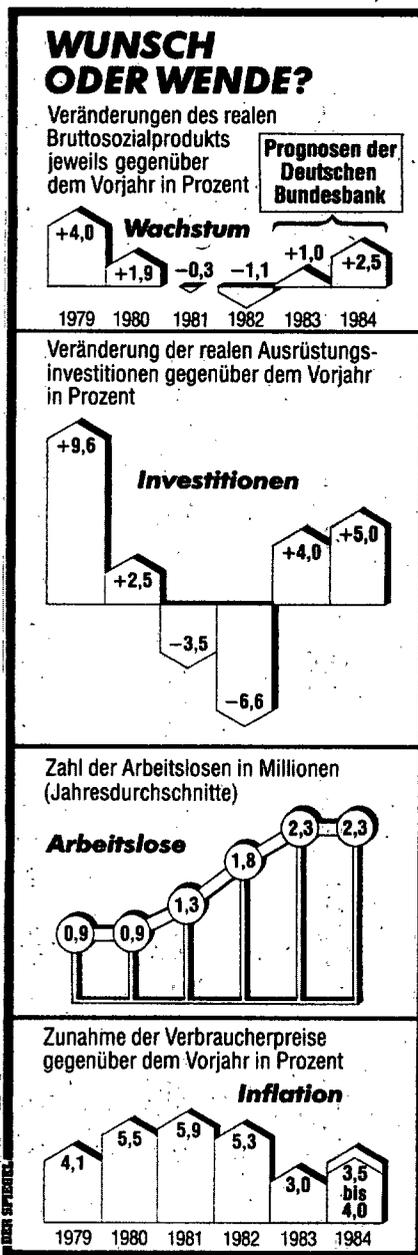
KONJUNKTUR

Grob daneben

Die Bundesbank möchte den wirtschaftlichen Aufschwung herbeireden – in Sicht ist er nicht.

Helmut Schlesinger, Doktor der Volkswirtschaft, hat Erstaunliches vollbracht: Er hat den Aufschwung entdeckt, den langersehnten, den andere bislang vergeblich suchten.

Das Sozialprodukt, so prophezeit der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, werde bereits in diesem Jahr real um ein Prozent wachsen. Und dann folgt der große Schwung nach oben, die



deutsche Wirtschaft soll 1984 um 2,5 Prozent zulegen.

Weil die Unternehmer nun wieder ordentlich verdienen, so erläutert Schlesinger seine jüngste vertrauliche Prognose, hätten sie mehr Geld zum Investieren. Das wiederum schaffe die Möglichkeit „für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und für die Besserung der Beschäftigungslage“.

Zusätzlich sollen auch die Verbraucher im nächsten Jahr tüchtig Geld ausgeben. Die Exporteure hingegen mehr Geld einnehmen. Dann würde die Zahl der Arbeitslosen 1984 nicht weiter steigen, die Teuerung zugleich ziemlich mäßig bleiben (siehe Graphik).

Die optimistische Rechnung hat Gewicht, denn in der Zukunft der Vorherseher ist der Bundesbank-Vize unbestrittener Trendsetter. Seine mächtigen, fast 300 Kopf starken Abteilungen Volkswirtschaft und Statistik gelten bun-

desweit als führende Instanz in Sachen Konjunktur.

Fast alle Prognostiker hierzulande übernehmen deshalb, was Schlesinger vorgerechnet hat. Schon in dieser Woche wollen die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten, nach winzigen Änderungen und trotz etlicher Bedenken, ähnlich schöne Zahlen verkünden. Und im nächsten Monat wird dann der Rat der Sachverständigen die „Wende zum Besseren“ (Schlesinger) wohl endgültig bestätigen.

Ob die Professoren durch den Doktor der Volkswirtschaft jedoch gut beraten sind, ist fraglich. Die meisten seiner Vorhersagen – hausintern: Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen – waren bisher Fehlprognosen.

Für das Jahr 1980 etwa hatte Schlesinger ein reales Wachstum von drei Prozent erwartet. Tatsächlich blieb die Wirtschaft bei einem Plus von 1,9 Prozent stecken. Ein Jahr später sollte das Sozialprodukt um bis zu ein Prozent wachsen. In Wirklichkeit aber schrumpfte die Wirtschaft schon, die Zahl der Arbeitslosen wurde um eine Viertelmillion größer als veranschlagt.

Und noch im Mai 1982, mitten in der Flaute, griff Schlesinger grob daneben. Aus dem prophezeiten Aufschwung (plus ein Prozent) wurde ein Abschwung (minus ein Prozent).

Auch Schlesingers jüngste Aufschwung-Thesen sind gewagt. Schon im ersten Halbjahr 1983, so analysierte der Beamte in seinem letzten Monatsbericht, sei das reale Sozialprodukt „deutlich gestiegen“. Sogar „die Anzeichen für eine allmähliche Besserung“ auf dem Arbeitsmarkt hätten sich „verstärkt“.

Derartige Zeichen sind indes noch immer schwer erkennbar. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wuchs die Wirtschaft; nach Abzug der Preissteigerungen und im Vergleich zum Vorjahr, gerade um ein Promille.

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zählte zuletzt im September gut 2,1 Millionen Arbeitslose, über 300 000 mehr als vor einem Jahr; für die Jahreszeit ist das ein Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik. Bis zum Wintermonat Februar wird die Zahl der Erwerbslosen wohl auf rund 2,8 Millionen anschwellen.

Besserung sei schon in Sicht, meint Schlesinger auch hier. „Kräftige Nachfrageimpulse“ aus dem Ausland will er entdeckt haben. Aber die Exporte schrumpfen – nominal wie real –, und selbst nach der Prognose der Bundesbank werden sie auch 1983 im Minus bleiben.

Vielleicht hilft noch das Inlandsgeschäft, das sich laut Schlesinger weiter belebt. Doch außer der chemischen Industrie stecken alle großen Branchen im Minus. Selbst die Autobauer brachten